

Das sagen die Kritiker

Beim Versuch, in die Pressekonferenz der Energiegenossenschaft zu kommen, scheiterten sie, dafür äußerten die Windkraftkritiker Klaus Becker (Gieselwerder) und Oliver Penner (Lippoldsberg) hinterher in einer Mitteilung ihre Kritik. Es ist ein Satz in einem Schreiben des Landes Hessen, der die Windkraftkritiker besonders aufbringt: Dort ist die Rede von „der optimalen Ausnutzung des Vorranggebietes für Windenergie“.



Oliver Penner

„Das heißt: so viel, wie irgend möglich in die Fläche Langenberg reinpacken und an den Stellen bauen, wo der Wind am stärksten weht“, erklären die Windkraftkritiker. Das sei wirtschaftlich ja zwingend geboten: Auch die EGR müsse die „Gewinnmaximierung im Auge haben, ansonsten finden sie keine Geldgeber“. Das bedeute, dass Oberweser oder Wahlsburg, als zwei von acht Gemeinden der EGR, eben gerade nicht die Anzahl reduzieren und Standorte verträglich beeinflussen könnten. „Auch zeigt die Stellungnahme aus Wiesbaden deutlich, dass Hessen Forst und die EGR seit Langem gemeinsam einvernehmlich daran arbeiten, möglichst schnell einen Windpark vor unserer Nase bauen zu können.“



Klaus Becker

Das Schreiben, auf das die Windkraftkritiker Bezug nehmen, liegt auch der HNA vor. Darin bekundet Ministerin Priska Hinz Unterstützung für die Energiegenossenschaft Reinhardswald. Das Land will zwar exklusiv mit den Energiegenossen verhandeln, exklusive Vergabe von Flächen an die EGR werde es aber nicht geben. Dabei erklärt die Ministerin das weitere Vorgehen: Demnach wird der Hessen Forst als Landesbetrieb eine Windkraftfläche am Gahrenberg anbieten. Um die können sich Windkraftprojektiert dann bewerben. Das Verfahren dient der Preisermittlung. Anhand der Ergebnisse werde Hessen Forst dann exklusiv mit der EGR über den Standort Langenberg verhandeln. Wollen die Energiegenossen den Vertrag, müssen sie folgende Bedingungen erfüllen: Vergabe nur zum vollen Wert; dauerhafte Zusammenarbeit mit örtlichen und regionalen Energieversorgern; optimale Ausnutzung des Vorranggebietes; Einbindung der Anrainerkommunen. Wird man sich einig, will das Land den Energiegenossen ein weiteres Vorranggebiet zur Verfügung stellen.

HINTERGRUND

Das ist der Plan des Landes

Das Schreiben, auf das die Windkraftkritiker Bezug nehmen, liegt auch der HNA vor. Darin bekundet Ministerin Priska Hinz Unterstützung für die Energiegenossenschaft Reinhardswald. Das Land will zwar exklusiv mit den Energiegenossen verhandeln, exklusive Vergabe von Flächen an die EGR werde es aber nicht geben. Dabei erklärt die Ministerin das weitere Vorgehen: Demnach wird der Hessen Forst als Landesbetrieb eine Windkraftfläche am Gahrenberg anbieten. Um die können sich Windkraftprojektiert dann bewerben. Das Verfahren dient der Preisermittlung. Anhand der Ergebnisse werde Hessen Forst dann exklusiv mit der EGR über den Standort Langenberg verhandeln. Wollen die Energiegenossen den Vertrag, müssen sie folgende Bedingungen erfüllen: Vergabe nur zum vollen Wert; dauerhafte Zusammenarbeit mit örtlichen und regionalen Energieversorgern; optimale Ausnutzung des Vorranggebietes; Einbindung der Anrainerkommunen. Wird man sich einig, will das Land den Energiegenossen ein weiteres Vorranggebiet zur Verfügung stellen.

EGR-Mitglieder

In der Energiegenossenschaft sind Bad Karlshafen, Immenhausen, Fulda, Grebenstein, Trendelburg, Reinhardshagen, Oberweser, Wahlsburg und der Grebensteiner Ralf Paschold mit seinem Büro IRE Windkraft-Kontor. Hofgeismar hat den Austritt erklärt, ist aber momentan noch Mitglied.

Bereit für den Ernstfall

Energiegenossen und Kooperationspartner trafen sich in Grebenstein – Protest vor Rathaus

Windrad vor blauem Himmel: Vor der Kommunalwahl sah sich die Energiegenossenschaft Reinhardswald zahlreichen Angriffen ausgesetzt, mit einem Treffen im Grebensteiner Rathaus zeigten Vertreter der EGR, dass sie an ihren Plänen festhalten.

Foto: dpa

GREBENSTEIN. In einer Sache dürften sich Kritiker, Mitglieder und Partner der Energiegenossenschaft Reinhardswald (EGR) wohl einig sein: Dass sich Kommunen in Sachen Windradplanung und -bau zusammenschließen, Vorverhandlungen mit dem Land Hessen führen und sich Partner vor Ort zur Umsetzung suchen, ist sehr ungewöhnlich. „Kommunen übernehmen sonst eher eine passive Rolle, hier ist es eine starke, aktive“, sagte EAM-Geschäftsführer Thomas Weber bei der Vertragsunterzeichnung im Rathaus Grebenstein. „Wir freuen uns, dass die Bürgermeister

voran marschieren“, erklärte Dr. Thorsten Ebert, Geschäftsführer der Sun Stadtwerke Union. Mit ihrer Unterschrift sorgten die Partner der EGR dafür, dass die bereits geschlossene Vereinbarung zwischen EGR-Mitgliedern und Partnern in Kraft tritt.

Bürgerbeteiligung eingebaut

Das bewerten freilich nicht alle positiv: Denn vor dem Rathaus bezeichneten zwei Windkraftkritiker mit einem eilig gebastelten Transparent EGR, Sun und EAM als „Totengräber des Reinhardswaldes“.

Solchen Vorwürfen treten die Energiegenossen und ihre

Partner entgegen. Die Botenschaft war daher nochmals: Ohne das Land Hessen rührt die EGR keinen Finger. „Es geht nur darum, dass wir handlungsbereit sind“, sagte Grebensteins Bürgermeister Danny Sutor. Erst wenn das Land die Flächen im Reinhardswald für Windkraftanlagen ausschreibe, lege die EGR los. Und in die Vereinbarung sei ebenso ein Parlamentsvorbehalt eingebaut, wie eine Bürgerbeteiligung, betonte Trendelburgs Bürgermeister Kai Georg Bachmann.

Das bedeutet: Sollte aus der Kooperationsvereinbarung ein konkretes Projekt werden,

müssen die Gemeindeparlamente darüber abstimmen. Und wird das Projekt realisiert, werden Einwohner des Kreisteils die Möglichkeit haben, sich daran finanziell zu beteiligen.

Dass die Wahl auf Sun und EAM fiel, liegt an der Grundidee der EGR: die Wertschöpfung in der Region zu halten. So bringen die Stadtwerke und der regionale Energieversorger Kapital und Fachwissen mit, um das Projekt umzusetzen. Zudem wolle man dafür sorgen, dass der im Reinhardswald erzeugte Strom „in der Steckdose der Bürger landet.“

WEITERE ARTIKEL

HNA HOG 15.3.2016

Streuung mindert das Risiko

Fragen und Antworten zur Energiegenossenschaft und ihren Partnern

Die Energiegenossenschaft Reinhardswald (EGR) steht nun in den Startlöchern: Wir haben Fragen und Antworten dazu gesammelt.

? Sun und EAM bringen Geld und Wissen in die EGR. Später sollen sie aber nicht die Mehrheit der Anteile erhalten. Die bekommt die EGR, später die EGR zusammen mit den Bürgern. Warum geben sich Sun und EAM damit zufrieden?

! Beide Partner betonen, dass das nicht ungewöhnlich ist und bei vielen Projekten so verfahren werde. Die Minderheitsbeteiligung bei vielen verschiedenen Projekten sei eine Streuung, um das finanzielle Risiko beim Scheitern zu verringern.

? Ist es nicht im Interesse der Sun und EAM, möglichst viele Windräder im Wald aufzustellen, während die Kommunen weniger Windräder wollen?

! Nein, sagen die Beteiligten. Wie viele Windräder im Wald stünden, sei keine Ermessensfrage, sondern ergebe sich aus den nötigen Abständen für einen wirtschaftlichen Betrieb. Zudem mache Hessen Forst ganz klare Vorgaben, an die man sich halten müsse. 15 bis 20 Windräder im nördlichen Reinhardswald hält die EGR für realistisch. Sollte es Gestaltungsspielräume geben, werde man die „zum Wohle der Bürger nutzen“, sagt Grebensteins Bürgermeister Danny Sutor. Kritiker bezweifeln, dass diese Spielräume da sind (siehe „Das sagen...“).



Bei der Unterzeichnung in Grebenstein (vorn von links): Dr. Thorsten Ebert (Sun), Thomas Weber (EAM), Martin Severin (EAM Natur), Martin Rühl (Sun), Bürgermeister Danny Sutor mit weiteren Vertretern der EGR.

Foto: Gehlen

? Wieso regen sich die Windkraftkritiker so auf über die EGR?

! Sie argumentieren, dass die Bürgermeister dort einen anderen Auftrag haben, nämlich die Windkraft im Wald zu verhindern. Das Ziel ist auch Konsens in vielen Parlamenten. In den Aktivitäten der EGR sehen die Kritiker diese Bemühung untergraben.

? Was sagt die EGR zu den Austrittsdiskussionen in Gemeinden der Nordspitze?

! Die EGR sei durch den Austritt von Mitgliedern nicht in ihrer Existenz bedroht, heißt es. Die Parlamente seien der Souverän in solchen Fragen und würden damit sicher verantwortungsvoll umgehen. Zudem gebe es nicht nur ei-

nen Wahlerfolg der Freien Wähler mit einem Antiwindkraftkurs, sondern auch eine gegenteilige Bewegung, die sich im Scheitern der Hofgeismarer CDU mit einem solchen Wahlkampfthema erkennen lasse.

? Hat die EGR neue Argumente?

! Nein, sie betont weiter die Wertschöpfung in der Region halten zu wollen, verweist auf die Energiewende und zeichnet ein Horrorszenario, dass fremde Projektentwickler und Investoren den Windradbau in die Hand nehmen, den Reinhardswald zuzubauen und kein Euro an Ertrag in der Region bleibt. Allerdings muss man fairerweise sagen: Auch die Kritiker wiederholen sich.

Ihre Argumentation fußt auf der These, dass der Reinhardswald ganz von Windrädern freigehalten werden kann.

? Wie geht es nun weiter in Sachen Windkraft in der Nordspitze?

! Solange der Hessen Forst die Windkraftflächen im Reinhardswald nicht anbietet, wird nichts passieren. Für die Energiegenossenschaft wäre es politischer Selbstmord, dort weiter Druck zu machen. Sie ziehen ihre Legitimation daraus, dass sie nur für den Notfall bereitstehen. Dass das Land die Flächen aber nicht bald anbieten wird, ist offenbar unwahrscheinlich. Dazu sind Äußerungen von Umweltministerin Priska Hinz (Hintergrund) zu konkret. (gor)